

Den. Im März konnte man die Zensur noch für verhängnisvolle Vorurteile halten. Besonders schlimm ist, daß die Zensur unparteiisch und ungerecht vorgeht. Große Unbilligkeit besteht in der Behauptung der Erörterung der Kriegsgesetze. Solange noch große Entscheidungsschlachten nach Meinung unserer Gegner bevorstehen, erscheint uns eine Erörterung der Kriegsgesetze im einzelnen nicht am Platze. Die Zensur muß aber gleichmäßig gehandhabt werden. Inwieweit sind die Berichte von Zeitungen wegen ihrer Verleumdungen geächtet werden, daß eine verantwortliche Stelle Sünden in diese Verhältnisse bringt. Sogar

das Kriegsgesetz wird von der Militärbehörde geschont. Angehörig von einer einzigen „Spionage“ entgegenzutreten. Ganz zu übersehen wird die Zensur im Interesse der Sicherheit des Reiches nicht sein, aber wir verlangen Abstellung der Zensur. Wenn freier ist, dann die Einmischung mancher Zeitungen in innerpolitische Angelegenheiten und daß diese sich zu Sozialisten von Privatinteressen machen. Selbst große Kommünen werden unter Zensur gestellt. (Hört! Hört!) Was hat die Erörterung über den Zweidrittelvertrag mit der Sicherheit des deutschen Vaterlandes zu tun. (Sehr wahr! links) Wir müssen uns dagegen wehren, daß mit den Waffen, die die Militärverwaltung in der Hand hat,

eine einheitliche Zensurpolitik getroffen wird. Schließlich heißt die Parlamentarierströmung die Leuchte zu fucht an die Öffentlichkeit. Alle diese Vorurteile haben im Widerspruch mit den Bestrebungen der deutschen Chronik. (Sehr richtig!) Wir hoffen, daß die Stimmen, die sich dem gegenwärtigen Erkennen entgegenstellen wollen, sich Gehör finden werden, daß dem Willen und Geist des deutschen Volkes auf seinen Plänen zu seinen Lehren und seine demokratische in den Weg gelegt werden. (Leb. Beifall.)

Abg. Stresemann (natl.).

Am dem Vortrager in der Beurteilung der Uebergriffe der Zensur.

Das sollte auf diesem Gebiete ist die Annahme, die sich einzelne Herren herausnahmen, sogar unsere Verhandlungen unter Zensur zu nehmen.

Sie stimmen ich Herrn Dittmann durchaus bei. Wir hören auch ein achtungswertes Parlament zu sein, wenn wir das zusehen. (Leb. Zuz.) Wir müssen den Reichsanwalt zurechnen, seinen Einfluß geltend zu machen, um bezerrige Dinge zu unterbinden, die uns im Auslande viel mehr schaden als es uns schaden könnte, wenn hier die schärfsten Anstößungen gemacht würden. (Zuz.) Gerade wenn wir es nicht für richtig halten, völlig den Belagerungszustand aufzuheben, müssen wir uns so mehr davon gehütet sein, daß dieser Zustand zu Erörterungen führt, wie sie hier mit vollem Recht kritisiert worden sind. So hat den Begriff des Neutralitäts in den großen Tagen des Antritt niemand von uns gehabt, sich geht, daß alle großen sozialen, politischen, wirtschaftlichen Gegenstände uns ausgefüllt werden sollen. Unter dem Begriffen verheißt die gegenwärtige Stellung der Parteien, das gegenwärtige Zusammenhänge, das auch der andere das Vaterland ebenfalls nicht wie er selbst. Von diesem Gesichtspunkt aus ändert der Bürgerkrieg nicht die Erörterung all der großen Probleme, deren Lösung uns bevorsteht. Dieser Bürgerkrieg ist überhaupt nur mit der öffentlichen Meinung zu gewinnen. (Sehr richtig! links) Unsere Staatsmänner verheißt es offenbar nicht die öffentliche Meinung als Mitsprache vor sich zu lassen. Wir leben nun einmal in einem demokratischen Zeitalter. Die Erörterung über die großen wirtschaftlichen Fragen und Steuerfragen muß freigegeben werden. Das können wir erzwängen.

Wir können beschließen, so lange die Erörterungen über die Steuerverloren auszuweisen, bis derartige unzulässige Einsprüche der Zensur unterbinden.

(Sehr gut! links) Auch auf dem Gebiet der Handelspolitik wird der äusseren Politik muß freieste Ausbreitung möglich sein. Die Entscheidung dieses Weltkrieges kann nicht allein bei der Diplomatie liegen, hier muß das deutsche Volk gehört werden. Das Vertrauen zur Regierung wird gefördert durch größtmögliche Handhabung der Zensur. (Beifall.)

Abg. Dr. Dietel (son.):

Mit dem Belagerungszustand müssen wir uns abfinden, seine Aufhebung wäre zu gefährlich. Einzelne Maßnahmen unserer Generale sind doch sehr wertvoll gewesen. Es ist die Aufgabe gegen die Verarmung der Jugend, gegen die Schandbriefe, die sogenannten Besessenen empfinden ich persönlich ebenso unangenehm wie Sie auf der äusseren Front. Die Deutsche Tageszeitung ist zweimal verboten gewesen und hat längere Zeit unter Zensur gelitten. Wir werden den Tag sehen, wo die Pressefreiheit wieder verhängnisvoll, aber jetzt ist der Tag noch nicht gekommen, sie vollständig zu befehlen. Die Einseitigkeit der Zensurbehandlung ist auch durch das Kriegsgesetz noch lange nicht erreicht. Es ist doch ein Anzeichen, daß in Frankfurt gedruckt werden kann, was in Berlin verboten ist. Der Bürgerkrieg darf kein Kirchhofsfrieden sein.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß wir gerade über das nicht schreiben dürfen, was das deutsche Volk am tiefsten bewegt.

(Sehr richtig! rechts.) Meine Freunde wünschen ohne Ausnahme die

Freigabe der Erörterung der Kriegsgesetze. Die Verfassungsschutz des Herrn Dittmann ist unangebracht. Die Verhängung wird um so leichter kommen, je weniger wir sie finden. Unser letztes Kriegsgesetz ist die Errichtung des militärischen Zensur, das ein Diktator gerade dem deutschen Volk geliebt hat. (Bravo! rechts.)

Abg. Martin (Sp.) verteidigt den Beobachtungs Erlaß und bringt Beschwerden gegen ungerichtete Anschuldigungen der Zensur vor.

Es läuft ein Antrag Dr. Bläß (Sp.), Saffermann (natl.), ein den Reichsanwalt zu ersuchen, dem Reichstage bei Beginn des nächsten Sitzungsdurchschnittes einen Geleitungs vorzulegen, durch welchen die während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärverwaltung in das bürgerliche Leben gesichert werden und die Verantwortlichkeit für die Maßnahmen geregelt wird.

Abg. Dr. Spahn (Str.) bittet die Antragsteller einen so wichtigen Antrag nicht ohne Kommissionsberatung zur Abstimmung zu stellen.

Abg. Heine (Soz.): In der Beurteilung gewisser Erscheinungen des Belagerungszustandes sind wir ebenso einig wie bei der Beurteilung der Wälder des Paralog. Die Aushebung des Belagerungszustandes auf das ganze Reich ist ein Widerspruch des Gesetzes.

und wenn es in freigelegten Zeiten auch mehr auf die Notwendigkeiten als auf die formellen Zuständigkeiten ankommen mag, so müssen solche Verfügungen doch auf das Notwendige beschränkt bleiben. Aus der Fülle der Einzelheiten will ich besonders die Verfügungen nicht anführen, denn es handelt sich um ein Stück, das naturgemäß verheißt Maßregeln erzeugen muß. Von einem Tag zum anderen ist die Errichtung einer Besatzung unterstellt, die eine Besatzung dazu nicht hatte. Der Belagerungszustand ist zunächst vom Kaiser selbst herabhängt und man dachte nicht daran, Vereins, Versammlungs- und Pressefreiheit aufzuheben. Es fragt sich, ob die Generalkommandos überhaupt betragt waren, solche ergänzenden Bestimmungen zu erlassen. Was Verhängnis für die Würde des Reiches und die Bedeutung eines solchen Schrittes zeigen die Generalkommandos nicht, wenn sie so

in den Rechten des Volkes herumfuhrten.

Die Zensur gleicht dem Wiesen im Goetheischen Märchen, der ein ganz quier Kerl ist, aber mit seinem Schatten überall Unheil anrichtet. Der quere Wille der Herren Generale entschuldig gar nichts, guter Wille gepaart mit Unfähigkeit hat noch immer in heil in die Welt gebracht. Im Berlin hat man die Zensur einem Chef der politischen Polizei übertragen, der bei der Überwachung der politischen Literatur schon seine Infähigkeit zu erweisen hatte.

Die Zensurierung der Parlamentsberichte ist, abgesehen von ihrer Verfassungswidrigkeit, eine Dreifachheit und gleichzeitig eine Dummheit.

Ganz widerung ist die Unterstellung in militärische Angelegenheiten, wobei den Leuten oftmals nicht einmal mitgeteilt wird, was es ist, was überhaupt verhandelt ist. Ebenso widerung ist die Internierung von „Engländern“ in Mauthausen. Zum Teil trifft sie Leute, die schon seit dreißig Jahren ihre Naturalisierung beantragt, aber nicht erreicht haben, weil sie Juden sind. (Hört, hört!) Im Elbing hat man dem sozialdemokratischen Verein sogar verboten, Mitgliederbeiträge zu sammeln. Wie halt ein dritteliges System zu dem Kaiserwort, das seine Parteien, sondern nur noch Deutsche kritisieren. Die Zensur ist Militärats übertragen, die im Frieden ihre Achtung vor der Presse durch Verurteilungen wie

Brechen, Fieber, Gehirnlähmung

bestimmt haben. Es sind freilich nicht die Herren, die brauchen ihr Leben einlegen und sich mit dem Volke eins fühlen, sondern alte und zum Teil auch junge Herren, die den Degen nicht führen können. Die Erhaltung des Bürgerkriegs ist überaus wichtig. Der seine wertvollen Verleumdungen und politischen Parteinteressen über die Sicherheit des Vaterlandes stellt, wer bei allem, was er tut und schreibt, nicht an die Wirkung auf das Ausland denkt, von dem richte ich ab, gegen den sind mir auch scharfe Maßregeln recht. (Leb. Beifall! links! b. d. Soz.) (Hört, hört! links) Aber nicht mit uns, mit in der Verleumdung... (Erregte Jurie von den Soz. An: Schamen Sie sich, ein Sozialdemokrat zu sein! Abg. Dr. David zu Abg. Dr. Liebknecht: Schamen Sie sich, ein Deutscher zu sein!)

Präsident Kaempf ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung.

Abg. Heine (fortfahrend): Die Einseitigkeit noch innen und außen muß aufrecht erhalten werden, das erzielt man aber nicht durch behördlichen Druck, sondern nur durch Verleumdung... und Verleumdung entsetzt nur durch Offenheit. Wenn unsere politischen Meinungsäußerungen offen diskutiert werden und wir doch einig sind in dem Willen zur Verteidigung des Vaterlandes, so wird das auf Ausland mehr, als der von oben diffundierte Bürgerkrieg. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) — Die Debatte über die Kriegsgesetze soll freigegeben werden.

Die Sozialdemokraten haben wiederholt ihren Standpunkt dargelegt, der

alle Anzeigungen ablehnt. Wir können Deutschland nicht auch noch im Frieden mit der Zeit immer nationaler Streitigkeiten bekommen. Die Freiheit und Gerechtigkeit eines Volkes beruht nicht auf der Ausdehnung seiner Grenzen. Das Volk muß das Bewußtsein haben, den Krieg zu führen für sich selbst, wer dem Krieg den (scharfer) des Verteidigungskrieges nimmt, beginnt mit der inneren Verteilung. Soldaten können man nur in der ersten Linie zu bekämpfen wissen, doch eine noch nicht ein Staat setzt sich nur in der Freiheit. Entschließen Sie sich, dem Volke die politische Freiheit wiederzugeben, heben Sie den Belagerungszustand auf, um so einmütiger wird das Volk den Krieg zum guten Ende führen. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Ministerialdirektor Lewald

muß sich zunächst nachzuweisen, daß die Verhängung und Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes durchaus der gesetzlichen Lage entspricht. Daß bei der Zensur Fehler, Mängel und Irrtümer vorkommen, ist bei den vielfach bestehenden sozialen Verhältnissen und der regen politischen Bewegung ganz unausbleiblich. Damit kann man aber nicht die Forderung der Abschaffung der Zensur begründen, denn die Zensur ist eine notwendige Kriegsmaßnahme. Will man irgend einer Maßregel schuld zugerechnen, so bleibt gar nichts anderes übrig, als

die Distanzbeziehungen der kommandierenden Generale in Anspruch zu nehmen. Daß alle einschränkenden Maßnahmen mit Kriegenschnelligkeit außer Kraft treten, wie die Kommission wünscht, ist auch die Meinung des Reichsanwalts. Das Verbot von Zeitungen ist nur in verhängnisvollen Fällen auszusprechen worden und hat alle Parteien getroffen. Keine Partei hat sich dagegen, daß ihr eine noch nicht ein Staat verboten worden ist. (Heiterkeit.) Daß die Zustimmung des Reichsanwalts zu einem Zeitungsverbot voll einseitig werden müssen, ist unabweisbar. Der Reichsanwalt ist verantwortlich, das Verbot des Belagerungszustandes ist die Verantwortlichkeit bei solchen Maßnahmen anzuschalten. Eine sachliche Kritik soll nicht behindert werden.

Wenn dem Volksblatt in Halle aus der Rede des Abg. Simon Stellen gestrichen worden sind, so hat der Zensur unter eigener Verantwortung gehandelt, eine Anweisung der Regierung ist nicht ergangen.

Das Verhalten des Zensors gegenüber dem bürgerlichen Volk ist nicht vereinbar mit seinen Pflichten. Wir müssen uns aber das Recht vorbehalten, Zeitungen, die nur die Kriegsnachrichten herbeibringen, zu zensurieren, ein einmal in der Kriegszeit zu bringen. (Zustimmung.) Wenn in Elbing dem sozialdemokratischen Wahlverein das Entschließen von Beiträgen unterlag worden ist, so kann ich nur sagen, ich würde das für unzulässig halten, und wir werden uns mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzen. Ein Verbot wegen dem die Erörterung der Kriegsgesetze nicht freigegeben werden kann, sind in der Kommission nicht durchgesetzt worden. Der Antrag Bläß-Saffermann auf Vorlage eines Gesetzesentwurfes, durch den auch während des Krieges die unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärverwaltung in das bürgerliche Leben geschaffen werden, bedeutet ein Schwere.

Wir können gegen die militärischen Befehlshaber. Das muß empfohlen, ich zunächst dem Verwaltungsausschuß zu überweisen. Bezüglich der Gewerkschaften muß ich sagen, daß sie in einzelnen Fällen noch immer von den Gerichten und der Verwaltung als politische Vereine angesehen worden sind. Eine Änderung wird sich nur durch Gesetz herbeiführen lassen und eine entsprechende Vorlage wird dem Kaiser alsbald vorgelegt. (Beifall.) Die Worte des Reichsanwalts, die in den bürgerlichen Erörterungen noch einmal zum Ausdruck kommen, bilden selbstverständlich die Basis für die Arbeit der Reichslitanei. Wir betonen die Zensur nur als ein notwendiges Übel, das der Krieg mit sich bringt, gewissermaßen als die Vorstufe der öffentlichen Meinung. (W. Heiterkeit.) Die Regierung wird froh sein, wenn sie die Zensur nicht allen anderen Beschränkungen beifügen kann. (Bravo.)

Abg. Waldstein (Sp.):

In der Antrag Bläß-Saffermann bewegt nichts weiter, als das Harzulegen und festhalten, worüber wir alle einig sind. Der Belagerungszustand hat seine innere Begrenzung in den Verordnungen des öffentlichen Lebens. Die von uns gemischte Forderung hätte auch nach dem Frieden erfolgen können. Es liegt aber kein Grund vor, in diesem Punkt anders zu verfahren, wie bei den eben angeführten Gesekentwurf über die Gewerkschaften. (Beifall.)

Wortabschneidung Liebknechts.

Ein Schlussatz wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Saffermann erklärt sich mit der Uebernahme des Antrags Dr. Bläß-Saffermann an die Budgetkommission einverstanden.

Abg. Liebknecht (Soz.)

(zur Geschäftsordnung): Ich habe mich bereits gestern zu dieser Debatte zu Wort gemeldet, vor dem Abg. Spahn,

Zu ganz

enorm billigen Pressen

sind in allen Abteilungen

gewaltigen Massen

zum Verkauf gestellt.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Geschäftshaus **J. Lewin**

Halle a. d. S., Marktplatz 2 u. 3.

4134

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160119-1/fragment/page=0003

DFG

